

GASTKOMMENTAR

02.02.2012, 20:34 Uhr

Nach der Arabellion kommt der „islamische Frühling“

von Josef Joffe

Die politischen Umwälzungen in Ägypten und Tunesien haben die Islamisten an die Macht gespült. Die geben sich moderat und liberal. Und doch bekommt die Demokratie in beiden Ländern eine deutlich religiöse Färbung.



Josef Joffe ist Herausgeber der Wochenzeitung „Zeit“.

Quelle: picture alliance / ZB

Ein Jahr nach dem „arabischen Frühling“ ist daraus ein „islamischer Frühling“ geworden. Davon kündeten der Wahlsieg der islamistischen Ennada in Tunesien sowie die Zweidrittelmehrheit der Islamisten in Ägypten. Anderswo kommt die Macht nach wie vor aus den Gewehrläufen.

Auf dem Forum der Großen und Klugen in Davos stand naturgemäß die Wirtschafts- und Euro-Krise im Vordergrund – Pech für die „Arabellion“, die 2011 zu spät fürs Programm kam und nun fast wie die Nachricht von gestern erschien, jedenfalls im Vergleich zum Kriegsgeschrei im Persischen Golf. Aber hier und da wurde doch über die politischen

Jahreszeiten in Arabien geplaudert – unter dürren Mottos wie „The Arab Context“.

Sinnbildlich für die Deklassierung der liberalen Kräfte – der Twitter- und Facebook-Brigaden – sitzt die tapfere Amira Yahyaoui auf den Podien, eine Aktivistin aus Tunis. „Kann die Demokratie nach Arabien kommen?“ fragt sie. „Ich bin sehr optimistisch.“ Schade nur, fügt sie hinzu, dass die Bürgerlichen einen so schlechten Wahlkampf geführt hätten, während die Islamisten „sehr gut“ gewesen seien.

ARABISCHE WELT

TOTE UND VERLETZTE

Uno kritisiert mangelnde Waffenruhe in Syrien

ZWEITE SYRIEN-RESOLUTION

UN wollen 300 Beobachter schicken

SICHERHEITSRAT

Uno steht kurz vor Resolution gegen Syrien

Habib Haddad, CEO aus den Emiraten, wirkt wie ein Marlboro-Mann der Modernisierung – teurer Anzug, perfektes Englisch. Doch schon im ersten Satz die erstaunliche Wende: „Ihr könnt der arabischen Welt die Moderne nicht aufdrücken.“ Die Unterdrückung durch den Westen, die aufgezwungene Säkularisierung durch die Nassers und Saddams hätten den Arabern ihre Identität geraubt. Jetzt bleibe nur noch der Islam. Interessanterweise tauchen in der Geschichte der Erniedrigung nie die Türken auf, die 400 Jahre lang den Nahen Osten beherrscht und die arabische Hochkultur erstickt haben.

Islamisierung als Schicksal? Der ägyptische Islamgelehrte Masoud liest von einem anderen Sprechzettel ab: Sein Volk habe in Wahrheit nicht für die Scharia gestimmt, sondern für Brot, Jobs und Sicherheit. Das hieße mit Brecht: Erst kommt das Fressen, dann die demokratische Moral.

Keine Angst, wirft Achmed Zewai ein, „unsere Islamisten werden nicht anders sein als europäische Christdemokraten“. Der Mann lebt freilich als Professor in Kalifornien. Jedenfalls sei der Islam keine Bedrohung, es müsse nur „die Umgebung stimmen“, also Frieden und Wohlstand herrschen. Historisch ist diese Lesart nicht falsch, siehe Europa. Nach 500 Jahren, in denen sie die blutigsten Kriege und Revolutionen angezettelt hatten, sind die Europäer tatsächlich zahm geworden. Denn: Im tiefsten Frieden, in einer funktionierenden Demokratie, haben die Rattenfänger keine Hochkonjunktur mehr, seien es weltliche oder religiöse Heilsbringer.

Die Hamas kam im Gaza-Streifen durch Sozialarbeit an die Macht

Der Mitbegründer der tunesischen Ennada-Bewegung spricht auch vom „muslimischen Frühling“. Der verheiße aber keine Priesterherrschaft, denn im Islam gebe es weder Kirche noch Klerus. Das ist zwar formell richtig, aber realiter spitzfindig, wie die Herrschaft der Mullahs in Iran zeigt. Rachid Ghannoushi beteuert, dass die siegreiche Ennada sehr wohl die Trennung von Kirche und Staat wolle: Dieser dürfe sich nicht in die Religion einmischen wie unter den geschassten Diktatoren. Der Gesprächspartner will wissen, wie es um die andere Hälfte der Trennung stehe, um die Freiheit des Staates von der Religion? Der fromme Politiker windet sich:

„Der Staat muss schon für die sozialen und moralischen Werte sorgen, die wir wollen.“

Das hieße also, dass das Stopp-Schild nur für den Staat gilt, aber nicht für den wahren Glauben, der irgendwie Staatsräson sei? Der Ennada-Mann argumentiert wieder geschmeidig: „Der Staat soll natürlich nichts aufzwingen, aber er sollte schon verkörpern, was die Leute in einer muslimischen Gesellschaft wollen.“ Es gebe keinen Schleierzwang, aber wie es der Zufall so will, „sind 42 der 49 Frauen im Parlament von der Ennada, und die tragen eben Hijab“. Will sagen: Wie können wir Kirche und Staat trennen, wenn die allermeisten der Gewählten Gläubige sind?

Immer wieder das Leitmotiv: Fürchtet euch nicht, denn die „Islamisten sind nur gewählt worden, weil sie soziale Wohltaten anbieten“, so der ägyptische Präsidentschaftskandidat Abdel Foutouh. Diese beliebte Sprachregelung sagt leider nichts über die demokratische Seele der Islamisten aus. Denn just mit Sozialarbeit (und iranischem Geld) ist die fundamentalistische Hamas 2006 nach recht freien Wahlen in Gaza an die Macht gekommen. Heute kann man dort nicht von Demokratie reden. Es gibt keinen Termin für die nächsten Wahlen.

Fazit nach einem Jahr: Der arabische ist zum muslimischen Frühling mutiert; die besser Organisierten haben die jungen Google- und Netzwerk-Truppen marginalisiert. Aber da sind noch andere gut Organisierte. Der ägyptische Präsidentschaftskandidat Amre Moussa notiert: „Die Armee wird eine grundlegende Institution des Staates bleiben.“ Und die Demokratie? „Wir brauchen Zeit, aber das ist unsere Sorge und unser Job.“

Der Autor ist erreichbar unter: gastautor@handelsblatt.com

© 2011 Handelsblatt GmbH - ein Unternehmen der **Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH & Co. KG**

Verlags-Services für Werbung: www.iqm.de (**Mediadaten**) | Verlags-Services für Content: **Content Sales Center** | **Sitemap** | **Archiv**

Realisierung und Hosting der Finanzmarktinformationen: **vwd Vereinigte Wirtschaftsdienste AG** | Verzögerung der Kursdaten: Deutsche Börse 15 Min., Nasdaq und NYSE 20 Min.